



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 0 5 - 0 0 0 2**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V

Emissionsfreier ÖPNV Wiesbaden
Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent/in

Kowol, Stadtrat

Imholz, Kämmerer

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung: Finanzielle Auswirkungen über Wirtschaftspläne der ESWE Verkehr und über Ergebnisabführungsvertrag der WV.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

ESWE Verkehr strebt an, bis 2022 einen völlig emissionsfreien ÖPNV zu betreiben.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass ESWE Verkehr anstrebt, bis 2022 einen völlig emissionsfreien ÖPNV mit den vier Säulen
 1. Einsatz der Citybahn,
 2. Austausch der verbleibenden Dieselbusse weitestgehend durch batteriebetriebene E-Busse,
 3. Austausch der Dieselbusse, die wegen der besonders langen Fahrstrecken nicht durch batteriebetriebene E-Busse ersetzt werden können, durch Brennstoffzellenbusse,
 4. Austausch aller Hilfsfahrzeuge gegen E-Fahrzeugezu betreiben.
- II. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass ESWE Verkehr aus diesem Grund folgende Förderungsanträge gestellt hat bzw. stellen wird:
 - Antrag an den Bund auf Förderung eines Pilotvorhabens zur Konzeptionierung des gesamten Systems E-Bus mit den Komponenten Verkehrskonzept, Betriebshofkonzept, Energieversorgungskonzept und Personalschulungskonzept.
 - Antrag an den Bund auf Förderung der Beschaffung von 35 batteriebetriebenen Serienbussen in 2019 (Letter of Intent ist angekündigt). Hierzu hat Daimler Benz zugesagt, in 2018 einen auf die Erfordernisse von ESWE Verkehr speziell ausgelegten Prototyp zu liefern.
 - Antrag an den Bund auf Förderung der Beschaffung von 85 batteriebetriebenen Serienbussen in den Jahren 2020 bis 2022 (ist mit dem Bund einvernehmlich vorbesprochen und zur Vormerkung angemeldet, offizieller Antrag kann erst Anfang 2018 gestellt werden)
 - Antrag an das Land auf Förderung von 110 batteriebetriebenen E-Bussen in den Jahren 2019 - 2022 (Letter of Intent ist beigefügt)
 - Antrag an das Land auf Förderung der zugehörigen Lade-Infrastruktur für die gesamte Busflotte (Letter of Intent ist beigefügt)
 - Antrag an das Land auf Förderung der E-Bus-spezifischen Werkstattausrüstung sowie der entsprechenden Personalschulung (Letter of Intent ist beigefügt)

- Antrag an Bund oder Land auf Förderung der benötigten Brennstoffzellenbusse (kann erst gestellt werden, wenn im Pilotvorhaben zur Konzeptionierung des gesamten Systems die notwendige Anzahl ermittelt ist)
- Antrag an das Land zur Förderung der Beschaffung der Hilfsfahrzeuge (Letter of Intent ist beigefügt)

III. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu,

1. nach Vorliegen der entsprechenden Förderbescheide die Beschaffung der Busse und der zugehörigen Infrastruktur von ESWE Verkehr mit dem Ziel ausgeschrieben werden kann, den emissionsfreien ÖPNV-Betrieb bis 2022 zu erreichen,
2. ESWE Verkehr in den Wirtschaftsplänen 2018 und 2019 zusätzlich zu den übrigen Positionen einen Investitionsbetrag von jeweils 22 Mio. € zur Beschaffung der E-Busse und der zugehörigen Ladeinfrastruktur aufnimmt.

D Begründung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden braucht besonders dringend eine schnelle Verringerung der Schadstoffbelastung und auch des Lärmpegels der Luft. Deshalb hat sich ESWE Verkehr neben dem Bau der Citybahn vor allem den möglichst schnellen Austausch der verbleibenden Dieselsebusse gegen E-Busse zum Ziel gesetzt.

Da bei allen großen Busherstellern erst 2019 mit der Serienfertigung begonnen wird, hat ESWE Verkehr vorgesehen, von 2019 bis 2022 alle Dieselsebusse durch E-Busse zu ersetzen. Damit wäre Wiesbaden die erste deutsche Stadt, die einen emissionsfreien Busverkehr erreicht hätte. Deshalb sind Bund und Land auch bereit, Wiesbaden als Pilotvorhaben der Umrüstung anzusehen und die Umrüstung aller Busse finanziell zu fördern. Dabei würde der Bund 40 % der Mehrkosten von 110 E-Bussen gegenüber den Dieselsebussen übernehmen, das Land für ebenfalls 110 E-Busse auch 40 % der Mehrkosten. Außerdem werden in diesem Pilotvorhaben auch die notwendige Lade-Infrastruktur und die Werkstatturnrüstung mit 40 % vom Land gefördert. Die gleiche Förderhöhe gilt ebenso für den Austausch der Hilfsfahrzeuge.

Die Bushersteller und die Zulieferindustrie sind an der Mitwirkung in diesem Pilotvorhaben besonders interessiert. Insofern sind bei einer Ausschreibung für ESWE Verkehr und damit auch für die Landeshauptstadt Wiesbaden günstige Kosten zu erwarten.

Aus heutiger Sicht betragen die Mehrkosten eines E-Busses gegenüber dem Dieselsebus im Schnitt 300.000 €. Das ergibt für 220 Busse einen Finanzbedarf von 66 Mio. € zuzüglich der Kosten für die Ladeinfrastruktur, wovon 40 % über das Land bzw. den Bund getragen würden, so dass sich für ESWE Verkehr bzw. die Landeshauptstadt Wiesbaden ca. 44 Mio. € Finanzbedarf ergibt.

Die tatsächliche Gesamtbelastung für ESWE Verkehr bzw. die Landeshauptstadt Wiesbaden wird sich erst aus einer Ausschreibung ergeben, die drei Bereiche umfasst:

1. Gesamtpreis für die Neufahrzeuge
2. Übernahmepreis für die Gesamtheit der Altfahrzeuge
3. Gesamtpreis für die Ladeinfrastruktur, wobei versucht wird, von der ESWE Verkehr Versorgung AG eine substantielle finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Die für die Wirtschaftspläne 2018 und 2019 zusätzlich erbetenen Investitionsbeträge von jeweils 22 Mio. € sollen zur Anzahlung der zu beschaffenden E-Busse dienen. Dadurch wird erreicht, dass die Hersteller die Lieferung der notwendigen Stückzahlen in den Jahren 2019 bis 2022 garantieren.

Durch diese zusätzlichen Investitionsbeträge von jeweils 22 Mio. € in 2018 und 2019 wird außerdem aus heutiger Sicht erreicht, dass ab 2020 die Wirtschaftspläne von ESWE Verkehr gegenüber der Beibehaltung von Dieselsebussen keinen größeren Defizitausgleich erfordern.

Sollten sich wider Erwarten jetzt noch nicht erkennbare Zusatzkosten ergeben, könnten in den Lieferverträgen so langfristige Finanzierungen vereinbart werden, dass die jährliche Mehrbelastung für ESWE Verkehr relativ gering gehalten würde.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit der Sitzungsvorlage sollen Wirkungen (Quantität, Qualität) erzielt werden auf

- a) die Ziele:
 - Verringerung der Luftschadstoffbelastung
 - Verringerung der Lärmemissionen
- b) die Zielgruppen (auch unter Berücksichtigung der beiden Geschlechter) die Gesamtheit der Fahrgäste

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 6. Juni 2017

ESWE-Verkehr Herr H. Zemlin

Kowol, Stadtrat

Verteiler

Dezernat V

ESWE Verkehr, Herrn Zemlin